

Misstrauische Brüder – KGB und MfS

Douglas Selvage und Georg Herbstritt (Hg.): Der „große Bruder“. Studien zum Verhältnis von KGB und MfS 1958 bis 1989. Wissenschaftliche Reihe des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv. Analysen und Dokumente Bd. 58, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag: Göttingen 2022, 364 S., 25 Euro

Bernd Knabe

Die beiden Herausgeber sind Historiker und waren im Stasi-Unterlagen-Archiv beschäftigt, Selvage war bis 2019 Leiter des Forschungsprojekts „MfS und MGB/KGB im sowjetischen Block 1950 bis 1989“, wechselte dann zum Institut für Geschichte der Humboldt-Universität. Herbstritt ist Projektleiter in der Abteilung „Kommunikation und Wissen“ des Stasi-Unterlagen-Archivs; er hat „alle Beiträge wissenschaftlich überprüft und redigiert“. In dieser Abteilung arbeitet auch Cornelia Jabs, die zwei Aufsätze beigesteuert hat. Einmal geht es um „Freundschaftsdienste der Abteilung XII des MfS für den KGB“, zum anderen um „Aktivitäten des KGB im Forschungszentrum Werkzeugmaschinenbau Karl-Marx-Stadt“. Matej Kotalík, jetzt im Landesarchiv Sachsen-Anhalt, war 2015 bis 2021 im Stasi-Unterlagen-Archiv Berlin beschäftigt, bis 2018 Mitarbeiter in Selvages Projekt. In seinem Beitrag geht es um die „Kooperation des KGB, des MfS und ihrer osteuropäischen Bruderdienste bei der Legalisierung von West-Agenten“. Mieszko Jackowiak hat einen Aufsatz über den rumänischen Sonderweg in den 1960er und 70er Jahren („im Blick von KGB und Stasi“) unter Mitarbeit von Herbstritt verfasst. Der Aufsatz ist 2018 in rumänischer Sprache erschienen. Jackowiak war bis 2018 an Selvages Forschungsprojekt beteiligt, danach wurde er Sachbearbeiter für externe Forschungsaufträge des Stasi-Unterlagen-Archivs Berlin.

Selvage hat neben der Einleitung vier Aufsätze beigesteuert: „Das MfS und die SED im Licht des Mitrochin-Archivs“ und die „DDR als operative Basis für die Aufklärung des KGB“. Spezialthemen sind die Studien über die Zusammenarbeit von KGB und MfS beim Umgang mit der Gesellschaft für Menschenrechte sowie mit Andrej Sacharow gewidmet. Der Sammelband enthält die bis 2019 von der Projektgruppe erarbeiteten Ergebnisse, außerdem ein umfangreiches Literatur- und Abkürzungsverzeichnis sowie ein detailliertes Personenregister, das durch eine Auflistung der Alias- und Decknamen ergänzt wird. Der Leser wird nicht darüber informiert, in welchen Fällen Klarnamen verwendet werden können. Die zum Thema bisher vorliegende wissenschaftliche Literatur ist angemessen berücksichtigt worden. 13 Abbildungen aus dem Bundesarchiv bringen wenig Neues. Die Vielzahl und der Umfang des Fußnotenapparats bergen die Gefahr, dass dort enthaltene wichtige Informationen manchem Leser entgehen könnten.

Der Wert des Sammelbandes liegt insbesondere in der Nutzung der „Mitrochin-Kollektion“ im Churchill-Archivzentrum der Universität Cambridge. Der bis 1984 in der Archivabteilung des KGB tätige und 1992 nach Großbritannien geflüchtete Wassili Mitrochin verfasste - zusammen mit Christopher Andrew - auf der Basis seiner handschriftlichen Abschriften tausender Dokumente das „Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen“; weitere Publikationen folgten. Kotalík stuft die Mitrochin-Unterlagen als „KGB-Ersatzüberlieferung“ ein. Festzuhalten ist die Überlegung Selvages, dass Mitrochin möglicherweise vor allem solche KGB-Berichte ausgewählt hat, die er für besonders relevant hielt, beispielsweise über Spannungen zwischen den Führungen der

Sowjetunion und der DDR. Nach Mitrochins Tod (2004) hat seine Familie die Unterlagen der Universität Cambridge übergeben, und seit 2014 stehen sie – aufbereitet und ausgewählt – der Forschung zur Verfügung. In vielen Bereichen ergänzen und konkretisieren sie die Darstellungen im „Schwarzbuch des KGB“. Selvage und sein Team haben bei ihren Untersuchungen Mitrochins Informationen, die Unterlagen des Berliner MfS-Archivs sowie Archive früherer sozialistischer Staaten berücksichtigt. Auf diese Weise können sie viele durch die 1989/90 erfolgte Vernichtung der meisten HV A-Unterlagen (bzw. ihrer Verbringung nach Moskau) entstandenen Lücken füllen. Damit wurde auch eine der Voraussetzungen für Aktivitäten russischer Geheimdienste nach 1990 geschaffen.

Problematisch scheint dem Rezensenten folgender Ansatz: Stellen Selvage und sein Team Übereinstimmungen zwischen Mitrochins Angaben und MfS-Akten fest, so bewerten sie dies als Beleg für Mitrochins Zuverlässigkeit – damit räumen sie aber faktisch den MfS-Akten Priorität und Glaubwürdigkeit ein. Der KGB hat zwar mit dem MfS und den anderen östlichen Geheimdiensten „brüderlich“ zusammengearbeitet, doch hat er grundsätzlich eine Führungsrolle beansprucht und spezielle Agentennetze in diesen Staaten aufgebaut, über die dortige Dienste nicht informiert wurden. Selvage erwähnt die ab 1967 in der DDR eingerichteten Agentennetze „Arsenal-1“ und „Arsenal-2“ sowie eine „Firma“, die nach 1974 von der Gruppe „Lutsch“ abgelöst wurden. Die KGB-Vertretung in Karlshorst, die ihrerseits ab 1969 hochrangige Funktionäre des Partei- und Staatsapparates als Informationsquellen gewinnen sollte – Selvage nennt einige Namen –, sei darüber nicht informiert worden. Agenten von „Lutsch“ hätten die Aufgabe gehabt, über Differenzen innerhalb der SED-Führung und über die Stimmung in der DDR zu berichten. Interessante Details sind über Spannungen zwischen Ostberlin und Moskau zu erfahren – sowohl für die späten 60er Jahre als auch für die Zeit danach; Ursache waren meist Kontakte bzw. Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik oder zwischen dieser und der DDR. Erich Mielke hat öfter vertrauliche Informationen und – seit 1976 – auch Politbüro-Gesprächsprotokolle an die Karlshorster KGB-Vertretung übermittelt, doch konnte Selvage in Mitrochins Notizen keine entsprechenden Hinweise finden. Ab 1988 sollten die KGB-Agenten ihre DDR-Kontakte intensivieren. Für Selvage sind es – unzutreffende – Spekulationen, wenn vermutet wird, „Lutsch“-Agenten hätten eine aktive Rolle bei der Steuerung der Implosion der DDR und der Wiedervereinigung Deutschlands gespielt. Im Sammelband gibt es mehrere Hinweise auf die Aktivierung von KGB-Aktivitäten 1988/89, doch findet der Leser dafür keine Erklärung. Eine Ergänzung: Gorbatschow, der weder im Literaturverzeichnis noch im Namensregister auftaucht, hat sich Ende 1989 nicht auf KGB-Berichte aus der DDR verlassen. Im Auftrag des KGB-Vorsitzenden Krjutschkow hatte sich das KGB-„Urgestein“ Nikolai Leonow in Karlshorst vom dort zuständigen General A. Nowikow über die Lage informieren lassen und einen Bericht für Gorbatschow verfasst. Gorbatschow, der dieser Information offenbar misstraute, schickte seinen Mitstreiter A. Jakowlew nach Ost-Berlin, der danach Gorbatschow einen völlig anders ausgerichteten Bericht präsentierte. (N. Leonow, Die letzten Aktionen des KGB, Berlin 2017, S. 417).

Dass KGB-Vertretungen sich mit ihren Agenten und Residenten Informationen aus den Bezirksverwaltungen des MfS, aus dem Innenministerium der DDR, aus der Volkspolizei und der Kripo (Dezernat I) beschafften, ist nach Selvages Kenntnis erst in den 90er Jahren bekannt geworden. Mitrochin hat für 1975 festgestellt, dass damals 1 314 DDR-Bürger und 234 Westdeutsche und Ausländer für den KGB arbeiteten. Da der KGB die MfS-Stellen oft nicht über seine Unternehmungen informierte, ergaben sich mitunter

erhebliche Probleme, z. B. bei der administrativen Absicherung von Illegalen. Grundsätzlich wurden Personen, die für den KGB interessant bzw. angeworben worden waren, vom MfS in „Sicherungsvorgängen“ erfasst. Diese wurden seit den 60er Jahren in den Bezirksverwaltungen des MfS geführt, ab 1985 dann auch in einem zentralen „Sicherungsvorgang“ in Ost-Berlin. In Anlage 1 werden die 1989 bei der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt des KGB tätigen sechs Offiziere mit den für sie in „Sicherungsvorgängen“ erfassten Personen aufgeführt (DDR-Bürger, Bundesbürger, Ausländer sowie „KGB-Helfer“ mit fiktiven DDR-Dokumenten, S. 118-126). In der zweiten Anlage geht es um 19 „ausgewählte Informelle und Hauptamtliche informelle Mitarbeiter des KGB mit Volkspolizei- oder Kommunalbehörden-Ausweisen im Bezirk Leipzig“ in den 80er Jahren (S. 127-131). Hatten bis Anfang der 60er Jahre KGB-Verbindungsoffiziere problemlos IM des MfS mit allen Unterlagen übernehmen können, so erfolgte dies danach in Absprache, in besonderen Fällen anlässlich staatlicher Feiertage. Nur selten haben es MfS-Stellen geschafft, sowjetische Übergabewünsche abzulehnen. Ab 1988 gab es einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen der MfS-Abteilung XII mit der KGB-Abteilung „Registratur und Archiv“. Noch im November 1989 wurde ein „Themenkatalog“ für das nächste Treffen vereinbart.

Cornelia Jabs weist darauf hin, dass Übernahmen von IM in den letzten Jahren der DDR „unkontrolliert“ erfolgt seien, und dass die Originale des zentralen „Sicherungsvorgangs“ für den Zeitraum Ende 1989/Anfang 1990 fehlten; manche dieser Agenten hätten auch nach der Wiedervereinigung für den KGB weitergearbeitet. Sehr informativ ist ihre Studie über das Forschungszentrum des Werkzeugmaschinenbau „Fritz Heckert“ in Karl-Marx-Stadt. Präzise beschreibt sie zum einen die von dort ausgehende Wirtschaftsspionage des MfS in der Bundesrepublik, zum anderen die gleichgerichtete Aktivität des ebenda ansässigen KGB-Netzes. Seine Chefs warben IM des MfS ab oder rekrutierten für sie interessante Wissenschaftler in eigener Regie. Der KGB engagierte auch Personen, bei denen das MfS Bedenken hatte; dagegen war das MfS bemüht, unter den bestätigten Reisekadern die „zuverlässigsten“ als IM zu gewinnen. Jabs hat zu den von ihr ausgewählten zehn Fallbeispielen – auf 20 Seiten zusammengefasst – eine ausgezeichnete Recherchearbeit geleistet. Sie konstatiert abschließend, dass noch viele Fragen offen seien.

Kotalík, nach dessen Einschätzung die meisten KGB-Agenten mit „Falschidentität“ bis heute nicht enttarnt worden sind, möchte Forschungslücken schließen, die es nach Publikation des „Schwarzbuch des KGB“ noch gebe. Er schildert, wie phantasievoll der KGB bei der Legalisierung seiner Agenten vorgegangen ist, und weist auf die Arbeitsteilung der östlichen Geheimdienste hin. Beeindruckende Zahlen: Hatte der KGB 1968 Einträge in 63 Standesämtern der DDR vornehmen können, so betraf dies fünf Jahre später bereits 143 Standesämter. Bereits in den 50er Jahren habe das MfS auch als „Dienstleister“ für die Geheimdienste der Tschechoslowakei und Polens fungiert. Die vom KGB 1968 zunächst in der ČSSR gestartete „Progress“-Operation ist in den folgenden Jahren auch auf andere sozialistische Länder ausgeweitet worden – über diese Operation dürfte sich mancher Leser mehr Informationen gewünscht haben. Kotalík erwähnt, der KGB habe erst 1975 erfahren, dass einige „befreundete“ Geheimdienste bei der Legalisierung ihrer Agenten ähnlich vorgegangen wie er selbst. Sein Schema der vom KGB in der DDR angewandten Formen von Legalisierungen geht über die von Müller-Enbergs entwickelte „Triade“ deutlich hinaus; die – auf über 20 Seiten sehr lesenswert präsentierten – sechs Typen reichen von „lebendigen Doppelgängern“ bis zu gänzlich fiktiven Personen. Nach Kotalíks Einschätzung sind die eingesehenen Stasi-Unterlagen teilweise aussagekräftiger als Mitrochins Notizen, wobei es allerdings für die meisten

von Mitrochin erwähnten Agenten keine Daten in diesen Unterlagen gebe – insofern dürfte ein Vergleich problematisch sein.

Jackowiak konstatiert, dass in Mitrochins Unterlagen wesentlich mehr Informationen über Rumänien enthalten sind, als bisher bekannt gewesen sei; im „Schwarzbuch des KGB“ gebe es nur sehr wenige entsprechende Informationen; die in den Stasi-Unterlagen über Rumänien gefundenen Unterlagen bestätigen Mitrochins Notizen. Der rumänische Geheimdienst hatte schon Ende der 50er Jahre gegen Praktiken des KGB protestiert, die dessen Vorgehen in der DDR entsprachen. Erste Schritte zur Unabhängigkeit von der Sowjetunion seien 1962 durch Aktivitäten von Innenminister Drăghici erfolgt; im folgenden Jahr habe Ceaușescu gegenüber Chruschtschow die rumänische Position vertreten. Danach wurden die sowjetischen Berater beim Geheimdienst und anderen Institutionen (1964 bei den Streitkräften) abgezogen. Der rumänische Protest gegen die Okkupation der CSSR durch Truppen des Warschauer Paktes 1968 besiegelte schließlich den Bruch zwischen Bukarest und Moskau; im rumänischen Geheimdienst wurde sogar eine „Anti-KGB-Einheit“ gebildet. KGB und etwas später das MfS richteten daraufhin „legale Residenturen“ in ihren Bukarester Botschaften ein und entfalteten umfangreiche geheimdienstliche Aktivitäten. Dabei nutzte der KGB regimekritische Stimmungen in den deutschen und ungarischen Minderheiten als Druckmittel gegen virulente rumänische Ansprüche auf die 1940 besetzten Gebiete Bessarabien und Nord-Bukowina. Für das MfS standen die Beziehungen Rumäniens zur Bundesrepublik und unterschiedliche politische Richtungen innerhalb der deutschen Minderheit im Vordergrund. Detailliert beschreibt Kotalík Aktivitäten von vier Mitarbeitern der MfS-Residentur. Der Hinweis, dass die KGB-Vertretung Ende der 80er Jahre ihre Aktivitäten intensiviert hatte, lässt vermuten, dass der KGB am Regimewechsel Rumäniens beteiligt gewesen sein könnte – eine solche Überlegung findet sich aber im Text nicht. Jackowiak weist darauf hin, dass die MfS-Auswertungsgruppe (ZAIG) zwischen 1968 und 1979 101 Berichte über Rumänien an die SED-Führung übergeben hat, wobei diese oft auf westlichen Quellen beruht hätten. Mitrochin hat für 1975 festgehalten, dass 65 Prozent aller Geheiminformationen über die sozialistischen Länder auf MfS-Quellen basierten – diese Angabe hätte im Sammelband näher aufgeschlüsselt werden sollen.

Über spezielle geheimdienstliche Aktivitäten Mitte der 70er Jahre informieren zwei Aufsätze Selvages über die „Gesellschaft für Menschenrechte“ (GfM) und über Andrej Sacharow. Ausgangspunkt sind die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) 1975, die Breschnew zunächst als Erfolg sowjetischer Politik verbuchen konnte, und die anschließenden Folgekonferenzen in Belgrad und Madrid, bei denen es um die Einhaltung der in Korb 3 fixierten Menschenrechte ging (u.a. Reisefreiheit, Organisations- und Medienfreiheit). Für die DDR war das Hauptproblem die in Helsinki zugestandene Reisefreiheit, auf die sich zunehmend mehr DDR-Bürger beriefen, während Aktivitäten von Dissidenten in Osteuropa, vor allem in der Sowjetunion, in Polen und der ČSSR, den dortigen Führungen erhebliche Probleme bereiteten. Es ist nach wie vor verblüffend, wie raffiniert das MfS – mit Unterstützung westlicher Helfer – gegen die GfM vorgegangen ist. Den Initiatoren ist es sogar gelungen, bundesdeutsche Institutionen für ihre Zwecke einzuspannen. Selvage schlussfolgert nach Vergleich der bei Mitrochin und in den Stasi-Unterlagen vorhandenen Berichte, letztere seien aussagekräftiger. Die Spaltung der GfM sei weniger eine Folge geheimdienstlicher Aktivitäten als vielmehr interner Konflikte gewesen. Es ist zu fragen, warum Selvage nicht versucht hat, Zeitzeugen dieser Vorgänge (z. B. C. Gerstenmaier, R. Gnauck, W. Welsch) zu befragen.

Sacharow hatte seine politischen Aktivitäten 1969 begonnen und 1975 den Friedensnobelpreis erhalten; im Jahr darauf wurde die „Moskauer Helsinki-Gruppe“ (MHG) gegründet, weitere Gruppen in der Ukraine und Litauen folgten. Da sich auch in anderen sozialistischen Ländern Protestgruppen bildeten (KOR in Polen, Charta-77 in der ČSSR), wurden auf einer Konferenz der östlichen Geheimdienste in Budapest (Mai 1977: „Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion“) abgestimmte Maßnahmen gegen Sacharow und oppositionelle Gruppen allgemein vereinbart. Die vom dänischen Sacharow-Komitee in Zusammenarbeit mit der Berliner „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ 1976 organisierte Anhörung „15 Jahre Mauer. Menschenrechtsverletzungen in der DDR“, die „Biennale der Dissidenz“ in Venedig und die Sacharow-Anhörung in Rom (beide im November 1977, mit Grußworten Sacharows eröffnet) waren Schauplätze der Auseinandersetzungen zwischen den Führungen der Ostblockländer und der demokratischen Bürgerbewegung. Selva ist der Meinung, dass sich letztlich keine Seite als Sieger fühlen konnte. Breschnew, der 1975 und in den Jahren danach vom KGB vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Sacharow nicht zugestimmt hatte, folgte ab 1978 zunehmend der härteren Andropow-Linie. Drei weitere Anhörungen in den Jahren 1979 bis 1985 werden – für den Leser etwas unbefriedigend - knapp erwähnt. Nach einem entsprechenden Beschluss des Politbüros der KPdSU wurde Sacharow im Januar 1980 verhaftet und in die Verbannung nach Gorki deportiert. Hatte sich in den Jahren danach die Lage der Dissidenten in der Sowjetunion äußerst kompliziert gestaltet, avancierten sie nach 1985 zu „Propheten der Perestroika“ (Schwarzbuch des KGB, S. 424).

Die Verfasser des Sammelbandes sind übereinstimmend der Meinung, dass das „Schwarzbuch des KGB“ und die seit 2014 der Forschung zur Verfügung stehenden Mitrochin-Notizen die bruchstückhaft erhaltenen Akten der HV A in wesentlichen Bereichen ergänzen. Herangezogen werden können außerdem Unterlagen anderer MfS-Bestände und die Hinterlassenschaft der Geheimdienste der sozialistischen Länder. Bestehende Kontakte zwischen Wissenschaftlern verschiedener Länder, die sich mit der Geschichte der östlichen Geheimdienste befassen, können weiter intensiviert werden. Die bisher erzielten Ergebnisse ermöglichen in vielen Bereichen einen guten Überblick, erlauben mitunter auch Einblicke in die personengebundene Komponente des Transformationsprozesses.

Wenn Selva kategorisch ausschließt, dass der sowjetische Geheimdienst eine aktive Rolle bei der Implosion der DDR und beim Systemwechsel der übrigen sozialistischen Länder gespielt haben könnte, so sind dieser Behauptung sogar einige Hinweise im Sammelband – etwa die Aktivierung von KGB-Einheiten 1989 - entgegenzustellen. Die im Band beschriebene „Arbeitsteilung“ innerhalb des KGB hätte es ermöglicht, gezielte Operationen nur von speziell ausgewählten Einheiten bzw. Personen durchführen zu lassen. Offen bleibt dann freilich immer noch die Frage, welche Ziele eine entsprechende „Untergrund-Organisation“ über den Systemwechsel hinaus angestrebt haben könnte – vielleicht ein Plan B für das „Gemeinsame Haus Europa“?